

Wünsch Dir was



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Weihnachten steht vor der Tür und ein ereignisreiches Jahr 2008 geht zu Ende. Zeit für ein Resümee und einen Ausblick für das kommende Jahr. Die weltweite Finanzkrise die von Bund und Ländern enorme Bürgschaften abverlangt hat, wird den Handlungsspielraum der Politik nachhaltig einschränken. Der Wunschzettel wird mehr als mager ausfallen. Dies wird auch an der Polizei nicht spurlos vorbei gehen. Dennoch können wichtige wegweisende Entscheidungen getroffen werden die kein Geld kosten.

Ganz oben auf unserem Wunschzettel steht nach wie vor die Forderung nach mehr Personal. In Anbetracht des Flughafenausbaues in Frankfurt und der damit verbundenen personalintensiven Kräfteplanung ist schon jetzt absehbar, dass es mit dem zur Verfügung stehenden Personal sehr eng werden wird. Aber auch im täglichen Dienst spüren die Kolleginnen und Kollegen, den Personalschwund. Gut zu wissen, dass gerade in diesem Punkt, CDU, SPD, FDP und auch die GRÜNEN, an einem Strang ziehen und mehr Personal für die hessische Polizei fordern. Der neue Präsident der USA, Barak Obama hat als ein zentrales Thema in seinem Wahlkampf die Stärkung der Gewerkschaften und die jährliche Anpassung von Mindestlöhnen an die Inflation gefordert. Kaum zuzuglauben, dass man im Mutterland des Kapitalismus mit so einer Aussage Präsident werden kann. Eine Einsicht die hoffentlich bald über den großen Teich nach Deutschland überschwappt. Nur wenn die Bevölkerung angemessen an Wachstum und Wohlstand beteiligt wird, sind dauerhaft stabile Wirtschaftsverhältnisse zu erwarten. Übertragen auf die Polizei möchte ich sagen: Ohne starke Gewerkschaften und Personalräte, die aber auch mit den entsprechenden Möglichkeiten ausgestattet sein müssen, wird es keine schlagkräftige und erfolgreiche Polizei geben. Wenn diese Voraussetzungen nicht vorliegen, erleben wir das, was die hessische Polizei in den letzten Jahren mitgemacht hat. Vertrauen und Motivation gehen verloren und machen Platz für Entsolidarisierung und Unzufriedenheit. Starke Gewerkschaften bedingen unter anderem einen hohen Grad an Mitgliedern. Hier sind die Kolleginnen und Kollegen in der Pflicht ihren Part zu leisten. Damit aber letztlich in den Personalräten der Polizei eine Arbeit im Sinne der Beschäftigten und zum Wohle der ganzen Polizei geleistet werden kann, ist die Politik in der Pflicht die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Will heißen: Das Personalvertretungsgesetz muss die Mindestvoraussetzungen beinhalten, damit Personalratsarbeit mit Leben erfüllt werden kann. Eine künftige Landesregierung, wie diese auch immer zusammengesetzt sein wird, sollte sich dessen immer bewusst sein. Es gibt in Hessen einen Gesetzesentwurf für ein neues Personalvertretungsgesetz. Diesen Entwurf nicht weiter zu verfolgen oder zumindest in Teilen umzusetzen, wäre angesichts der herrschenden Verhältnisse, der Kardinalsfehler einer neuen Landesregierung in Bezug auf die Polizei. Wer eine moderne, schlagkräftige und gut aufgestellte Polizei haben will, darf nicht erwarten, dass dies mit unzufriedenen und schlecht vertretenen Beamtinnen und Beamten zu haben ist. Die GdP ist jederzeit bereit die Novellierung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes im Sinne aller Bediensteten zu begleiten und voran zu bringen. Wer die Instrumente demokratischen Miteinanders jedoch beschneidet, darf weiter von dem träumen was er letztlich nie erreichen wird – eine moderne, motivierte und erfolgreiche Polizei. Ob unsere Wünsche und Forderungen bei einer neuen Landesregierung Gehör finden werden müssen wir abwarten. Bis dahin halten wir uns an ein altes arabisches Sprichwort:

Gott gab dem Menschen zwei Ohren, aber nur einen Mund,
damit er doppelt so viel zuhören kann, wie er spricht.

Die Vorweihnachtszeit ist traditionell die Zeit der Wünsche und Geschenke, aber auch die Zeit einmal inne zu halten und nachzudenken. Wir denken heute an die vielen Kolleginnen und Kollegen die von schweren körperlichen oder seelischen Krankheiten betroffen sind und nur einen einzigen Wunsch haben – gesund zu werden.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen eine schöne Advents- und Weihnachtszeit und ein erfolgreiches und glückliches Jahr 2009.

herzlichst Euer / Ihr

Andreas Grün

Das aktuelle Interview – heute: Henning Möller

Wir konnten für unser aktuelles Interview diesmal den Vorsitzenden des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei, Henning Möller, gewinnen. HeMö ist seit 28 Jahren Mitglied des Hauptpersonalrates der Polizei und seit 20 Jahren dessen Vorsitzender. Neun Innenminister hat Henning Möller kommen und gehen sehen. Wie kein anderer ist er in die Materie „Polizei“ vertieft und sein Rat hat über die Grenzen Hessens hinaus Gewicht. Das Interview wurde Mitte November von Andreas Grün geführt.



Henning Möller begann 1968 bei der Polizei, kam 1971 zum damaligen Überfallkommando beim PP in Offenbach, war von 1974 bis 1979 Mitglied des örtlichen Personalrates, legte 1975 die II. Fachprüfung ab, arbeitete von 1976 bis 1978 als Dienstgruppenleiter bei der Polizeistation Langen und von 1978 bis 1979 beim 2. Revier in Offenbach. Danach leitete er das Unfallkommando und wechselte 1980 als freigestelltes Mitglied in den Hauptpersonalrat. 1988 wurde er zum Vorsitzenden gewählt. – und seine Fach- und Sachkompetenz trugen dazu bei, dass er bis heute dieses Amt innehat.

POLIZEIREPORT: Lieber Henning, als gewerkschaftliches- und personalrätliches Urgestein und einer 40 jährigen Erfahrung in diesem Bereich hat man alle Höhen und Tiefen durchlebt. Was war das herausragende Ereignis in dieser Zeit und was die größte Enttäuschung?

Gute Frage. Das herausragende Ereignis war für mich sicherlich an jenem Tag, als ich im Hessischen Landtag den Entwurf des 1.Überleitungsgesetzes zum Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn lesen konnte. Hatte die hessische Polizei damals einen Anteil von ca. 12 % der Kolleginnen und Kollegen im gehobenen Dienst, so wuchs die Zahl bis heute auf 100 %. Der Hessische Landtag hat damals mit den Stimmen aller Parteien beschlossen, den Polizeiberuf aufzuwerten und somit den Kolleginnen und Kollegen die über Jahrzehnte geforderte Anerkennung ihrer Arbeit zuteil werden lassen. Als in einem Bürgerhaus die ersten 700 Kolleginnen und Kollegen ihre Urkunden erhielten, hat dies schon ein heftiges Kribbeln erzeugt, waren doch damit über 20 Jahre alte Bestrebungen von Erfolg gekrönt. Heute das Normalste der Welt !?!

Die größte Enttäuschung ? Für jemanden wie mich der Abbau des Personal-

vertretungsgesetzes. Vielleicht war bin ich da Exot, aber lebendige Demokratie, die ja so viele Berufspolitiker immer hoch halten, findet nun mal dann am Besten statt, wenn Dienstherr und Personalvertretung konstruktiv streiten und der Dienststellenleiter dann entscheidet – er alleine. Unser Gesetz so abzuschwächen, Personalräte zum Teil zu ignorieren, um kritische Stimmen „zu bekämpfen“, ist ein temporärer Erfolg – langfristig führt er zu einer Polizei, die sich mehr duckt wie streitet. Kritik nicht mehr offen angesprochen, birgt die Gefahr der inneren Kündigung. Dies lässt sich nicht mit Statistiken belegen, dies schmerzt nicht. Ich persönlich brauche aber darüber nicht nachzudenken, mein Stil bleibt wie er ist, das weiß auch mein jetziger (und Neunter) Innenminister. Was auf den Tisch muss, kommt auf den Tisch – unangenehm oder kritisch, die Skala ist nach oben nicht begrenzt.

POLIZEIREPORT: An IZEMA kommen wir heute leider nicht vorbei. Es bestehen immer noch Unklarheiten bezüglich der Kappung von Mehrarbeit im Bereich der 5 Stunden pro Monat. Auch kommen immer noch Fragen, ob am Jahresende die Stunden, die über die doppelte Wochenar-

beitszeit hinausgehen, gekappt werden können?

Um den zweiten Teil der Frage zu beantworten: Seit 1.1.2008 ist im Ausführungserlass zu IZEMA in Ziff. 3.2 geschrieben: „Kappungen sind nicht zulässig“. Warum liest keiner diesen Erlass ?! Hinsichtlich der 5 Stunden Kappung aus § 85 HBG sei hinzugefügt: Unabhängig von IZEMA, automatisierter Erfassung pp. ist ein Grundsatz des Berufsbeamtentums, verankert in Art. 33 Abs.4 GG, dass der Beamte vergütungsfrei Mehrarbeit (hier: 85 Abs.2 HBG ausgelegt auf einen Monat) leisten muss. Diese Vorschrift wird auch noch, wenn die nächste Polizeigeneration pensioniert, bestehen!! Und ein Tarifbeschäftigter muss dies nicht. Etwas vollkommen Anderes ist es, zu fragen, ob man 5 Stunden kappen kann, wenn eine, wie künftig beabsichtigt, Jahresbilanzierung eingeführt wird. Und hier ist der HPR mitten in Beratungen, die ja zum neuen Izema III führen werden. Und wir sagen, dass angesichts der speziellen Arbeitszeitgestaltung der Polizei dies nicht mehr greifen kann.

„Bauchbemerkung“:

Im Grund genommen haben wir wenige Rechtsvorschriften für die Arbeitszeitregelung, durch uns mit gestaltet sind die Dienstvereinbarung sowie zwei

Ausführungserlasse. Im Rahmen HPR on Tour stelle ich immer wieder fest, dass die Erlasse nicht bekannt sind und sich in den Präsidien zusätzlich „Izema-recht“ entwickelt hat. Unterschiedlichste Handhabung und vor allen Dingen der Brauch, dass offensichtlich „Izema“ alles regeln soll: Statistik, Dienstaufsicht, Kontrolle. Und Kolleginnen und Kollegen, die dann einmal die behördliche Clearingstelle angerufen haben, warten entweder vergeblich oder bis zu einem Jahr auf eine schlüssige Antwort. All diese Ergebnisse sind für IZEMA III mit zu berücksichtigen. Es kann nur so wie früher werden: Arbeitszeiterfassung ist Nebensache. Und nicht zuletzt

ist der Innenminister gut beraten, sich im Rahmen Föderalismusreform endlich von den Vorschriften der Mehrarbeitsvergütungsverordnung zu verabschieden, die unsere Tätigkeit in verschiedene Kategorien eingeteilt hat und zu einem Aufwand führt, der seinesgleichen sucht. Nehmen wir heute pro Planer landesweit 1 Stunde für IZEMA, was noch schlank gerechnet ist, so verbringen wir pro Jahr ca. 270 000 Stunden mit Izema. Juristisch richtig, aber von der Belastung und Motivation her vernichtend.

Wir werden zum Ende des Jahres Alles in unserer Macht stehende tun, um diese Probleme einer Lösung zuzuführen.

POLIZEIREPORT: Was sind die herausragenden Neuerungen von IZEMA 3 und wie gestalten sich die bisherigen Probeläufe. Wann ist mit einer hessenweiten Einführung von IZEMA 3 zu rechnen?

Um es in schlanke Stichworte zu fassen:

- Ein Konto, auf dem alle „Arbeit“ erfasst wird, ständiger Kontostand der Jahresarbeitszeit, Übertrag in das nächste Jahr
- Ein/Ausloggen auch durch Schichtdienst
- Berechnung Zusatzurlaub Schichtdienst nach Stunden, damit könnten auch alle Sonderformen der Dienst erfasst werden
- Krankheitsregelung Schichtdienst muss noch gefunden werden und. und.. Ich könnte nun noch seitenlang ausholen, dass Problem ist, wir stecken mitten in den Beratungen und wollen in

der Dezembersitzung dann fertig werden. Bis dahin werden unsere Kolleginnen und Kollegen durch unser neues Transparent informiert.

POLIZEIREPORT: Der Ausbau des Frankfurter Flughafens rückt immer näher. Damit einhergehend wird es zu zahlreichen Großeinsätzen für die hessische Polizei kommen. Die Kolleginnen und Kollegen wenden sich schon heute an die GdP und mahnen die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit an. Zu oft wurden sie in der Vergangenheit bei planbaren Einsätzen über die gesetzlichen 12 Stunden hinaus, zum Teil bis zu über 18 Stunden in Einsätze eingebunden. Wie lautet die Botschaft des Vorsitzenden des Hauptpersonalrates der Hessischen Polizei an die Kolleginnen und Kollegen im Land?

Wenn unsere Kolleginnen und Kollegen diese Ausgabe lesen, haben wir am 24. und 25. November eine umfangreiche Diskussion geführt. Für mich, der anlässlich der Startbahn 18 fast seinen zweiten Wohnsitz auf dem Flughafen hatte, müssen Schwerpunkte sein:

Geplante Einsätze nur noch im Rahmen der Schutzvorschriften, also kein 12 Stunden Einsatz und dann jeweils 3 Stunden Hin- und Herfahren. Was Nichts damit zu tun hat, wenn sich ein bestehender Einsatz eskaliert

Unterbringungsmöglichkeiten für Kräfte, natürlich mit den Fragen der Verpflegung. Hier bin ich nach den Erfahrungen der WM zumindest guter Hoffnung

Lageangepasster Kräfteinsatz, sparsames Umgehen mit Kräften

In einem Punkt dürfte kein Zweifel bestehen: Dies wird ein Einsatz für die gesamte Hessische Polizei, die Belastung muss sorgfältig verteilt werden, es ist nicht ein Einsatz für den PP Frankfurt oder SOH oder SH oder WH oder die HBPP. Nicht für den Tages- oder Schichtdienst oder S oder K. Ich wünsche mir, dass wir in dieser Zeit hoffentlich wieder so zusammenwachsen und nicht dem mittlerweile so oft geprägten Schlagwort des TEAMS folgen, wonach TEAM gleich ist = Toll Ein Anderer Machts!

Abschließend: Ich finde es „erfrischend“, dass jetzt bereits schon wieder viele wissen, wie es kommt. Von „das bisschen machen wir im Streifendienst mit“ bis hin zu „das wird wie in den 80 er Jahren“. Wir sollten die Entwicklung abwarten, aber gleichzeitig gerüstet sein, im Rahmen eines Stufenkonzeptes zu reagieren. Das dies angesichts von knapp 1000 weniger Menschen, einer reduzierten Bereitschaftspolizei und auch mit derzeit über 900 eingeschränkt dienstfähigen (die sich das nicht ausgesucht haben!) leisten müssen, mahnt noch mehr, mit den verfügbaren Kräften sparsam umzugehen.

P.S.: Ich liebe den Flughafen so sehr, dass es wohl wieder was mit dem zweiten Büro/Wohnsitz wird.

POLIZEIREPORT: Viele Kolleginnen und Kollegen beklagen eine zunehmende Entsolidarisierung in der Polizei. Vorgesetzte verlieren Respekt und Vertrauen weil sie sich nur ihren Vorgesetzten gegenüber verpflichtet fühlen. Kollegialität und soziale Bindungen gehen immer mehr verloren. Züchten wir uns nicht immer mehr „Einzelkämpfer“ heran und geben über Jahre bewährte Strukturen auf?

Also wenn mir die Frage so von Euch gestellt wird, gehe ich davon aus, dass diese Schlagworte Eurer Erfahrung entsprechen. Ich beschreibe dies immer mit dem Wort: „Es wird kalt in der Polizei“. Psychologen und Soziologen könnten mit der Analyse wochenlang in Klausur gehen (bloß nicht, sonst haben wir noch eine Projektgruppe),

Der Wandel in der Gesellschaft, dass heißt, junge Menschen früher und junge Menschen heute, die wir ja auch Gott sei Dank in der Polizei haben, schlägt bei uns durch. Jetzt muss dies nichts Schlechtes sein – es ist aber anders. Zumindest gefühlsmäßig lässt sich für mich feststellen, dass unsere Polizei wieder mehr in Kästchen, Beauftragung, Funktion denkt und vielerorts keiner vom anderen Näheres weiß – und dann die Stories.

Eine Ursache für die von Euch genannten Probleme kann ich ohne wissenschaftliche Begleitung ausmachen: Trotz aller Bekenntnisse des Landes zu NVS – Stärkung der Eigenverantwortlichkeit – tritt immer mehr das Gegen-

teil ein. Die Hessische Polizei ist innerhalb der Landesverwaltung die regelungswütigste Institution. Und zwar über alle Ebenen. Und mit Abstand. Was wir alles glauben regeln zu müssen, schnürt all den Kolleginnen und Kollegen, die insbesondere vor Ort arbeiten, die Luft ab. Wenn ein DGL oder Kommissariatsleiter oder... oder ... 1 – 2 Stunden seines Dienstes damit verbringen muss, um sich in der „E-Mail Polizei“ auf den neuesten Stand zu bringen und letztlich für seine Männer und Frauen dann oft keine Zeit hat, für kleinste Entscheidungen immer die Administration braucht, der wird mit den Jahren müde.

Meine persönliche Anekdote: Als ich nach der Neuorganisation in einer Stadt einen alten Lehrgangskollegen, seines Zeichen Dienststellenleiter besuchte, saß er entspannt an seinem Schreibtisch – in der Zeitung lesend. Ich sprach ihn auf die alt gewohnte Art an, er habe wohl auch nicht die Arbeit erfunden, worauf er mir sagte: Dies ist mein persönlicher Protest gegen meine Entmachtung. Ich kann keinen Urlaub mehr genehmigen, Dienstfrei und insbesondere die bisherigen kleinen Einsätze – Alles über den Meldeweg der PD. Und das Schärfste: Will ich heute einen Hund haben für einer örtlichen Einsatz, unter 5 Mails und 10 Telefonate geht Nichts mehr. Schon gar nicht selbstständig etwas tun. Alles Kollegengeschwätz ? - aber nachdenklich hat dies doch gemacht.

POLIZEIREPORT: Wie wird die Fahrzeugflotte der Zukunft aussehen? Was können die Kolleginnen und Kollegen vom Funkwagen der neuesten Generation erwarten?

Also wir werden sicherlich in das Zeitalter der „Spacecars“ kommen. Unsere Bemühungen Ende 2007 und Anfangs 2008 bestanden darin, Dienstfahrzeuge zu optimieren, an Schlagworten dargestellt:

Streifenfahrzeuge nur noch als Kombi
Navigation und Sitzheizung wird Regelausstattung
Bewegliche Ausrüstungsbühne im Kofferraum
E-Blitz Anlagen
Zusätzliche Warnbeklebung

Wiedereinführung der Kategorie „Autobahnfahrzeuge“

Bereitstellen von Nachführfahrzeugen für Langzeit Einsätze im Straßenverkehr und sonst, Schwerpunkt PASTEN Verkehrsdienstfahrzeuge mit BAG Ausbau

Zivilstreifenwagen mit Bluetooth

Des Weiteren haben wir in einer „Großen Anfrage“ darum gebeten, uns mitzuteilen, wie die bestehende Gesamtzahl der Dienst Kfz in welchen Stückzahlen verteilt ist.

Die Mitteilung des Rechnungshofes, dass offensichtlich eine größere Anzahl von Dienst Kfz unwirtschaftlich betrieben wird, sollte uns gemeinsam veranlassen, hinzu- schauen und nicht zu warten, bis wir einen Bericht zur Berücksichtigung erhalten.

POLIZEIREPORT: Im Oktober 2008 wurde unser Leitbild 10 Jahre alt. Liest man es sich genau durch, so kommt man ganz oft zu der Erkenntnis, dass mit steigendem Dienstgrad und Verantwortung die Inhalte des Leitbildes in gleichem Maße an Bedeutung verlieren. Ist unser Leitbild das Papier noch wert auf dem es einst gedruckt wurde?

Das Leitbild hat seinerzeit zumindest dazu geführt, dass in der Polizei wirklich einmal ohne Pflichterfüllung über unsere gesamte Institution nachgedacht wurde. Das sich dabei die gesamte Führung erst mal mit wenigen Ausnahmen zurückgehalten hat, war an sich auch zu erwarten. Immerhin ist bei all denen, die in den unzähligen Workshops teilgenommen haben, schon Nachdenklichkeit eingetreten. Ein Leitbild erkennt man nicht an neuer Beflagung oder an einem neuen Grundsatzterlass, man merkt, dass sich in vielen Köpfen „etwas tut“. Und das war erfrischend. Wer hatte sich schon vorher mal ausführlich mit Dienstklima, Miteinander, Teamarbeit usw. intensiv auseinandergesetzt.

Wenn durch einen Politikwechsel dann allerdings solch ein Vorhaben schlichtweg abgebrochen wird, das war dies absolut Schade, weil nämlich Leitbilder, wenn sie mit Leben gefüllt werden, einen Prozess über viele Jahre erfordern und vor allen Dingen in Köpfen etwas

bewirken können. Dies muss aber vollkommen „politikneutral“ ablaufen.

Denn es geht um den Menschen selbst, seine Aufgabe und sein Wirken mit knapp heute leider nur noch 18 000 Beschäftigten.

POLIZEIREPORT: Das Schlusswort gehört Dir, was möchtest Du gerne noch los werden?

Also, ich sag es in zwei Sätzen, jeder könnte mit Bänden gefüllt werden:

Wenn die hessische Polizei nicht ganz schnell dazu kommt, mit einem Großteil eigener Kraft zu entscheiden, was für uns wichtiger ist, die Arbeit am Bürger oder die immer größer werdende regel- und Verwaltungslawine, die begonnen bei NVS, SAP, Projektgruppenunwesen usw. , dann wird der Spruch von vielen Schutzleuten vermehrt greifen, „eigentlich stört uns der Bürger immer mehr bei unserer Selbstbeschäftigung“. Dies mag ein schändlicher Satz sein, aber er entspricht dem Gefühl vieler Beschäftigter.

Wenn wir weiter damit fortfahren, Basisdienststellen bei S und K und die Tarifbeschäftigten, die dort mitarbeiten, abzubauen, aus immer welchen Gründen, werden wir immer mehr Menschen nicht mehr erreichen, die zwar brav ihren Dienst ableisten, darüber hinaus schlicht demotiviert sind. Wir werden zum Beginn 2009 diese Gesamthematik aufgreifen und hoffentlich nicht wieder die Argumente hören, die die „Hardliner“ seit nunmehr fast 20 Jahren vor sich herschieben. Und wir sollten endlich damit aufhören, zur Kenntnis zu nehmen, wir hätten tausend Beschäftigte mehr. Wir haben, da wir keine Schwarzarbeiter beschäftigen, 1000 Beschäftigte weniger als vor zehn Jahren – heute 18000.

POLIZEIREPORT: Lieber Henning, wir danken Dir für deine umfassenden Auskünfte.





Heike Monk ist Gender-Beauftragte in der Bezirksgruppe Mittelhessen

Der Landesdelegiertentag der GdP Hessen in Rotenburg a. d. Fulda hatte in seinem Antrag A 2 beschlossen, in den jeweiligen Organisationsebenen Gender-Beauftragte einzurichten. Heike Monk von der Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf hat sich dankenswerter Weise bereit erklärt, diese Aufgabe sowohl im Vorstand der Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf und auch in der Bezirksgruppe Mittelhessen zu übernehmen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der Kollegin, die ihren Dienst in der DEG der Polizeistation Marburg als Leiterin der EG 02 versieht.

Gender Mainstreaming

"Gender Mainstreaming" - was heißt das eigentlich? Dahinter verbirgt sich ein integrativer, gesamtgesellschaftlicher Ansatz, der nach fast drei Jahrzehnten "Frauenbewegung" bei Weitem über das Konzept der Frauenförder- und Gleichstellungspolitik hinausgehen soll. Die Überlegungen zielen ausdrücklich auf ein übergreifendes Rollenverständnis für beide Geschlechter, für Frauen und Männer. Nach einem Kabinettsbeschluss der Bundesregierung vom 23. Juni 1999 erkennt diese die "Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip" an und fördert dies als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe unter dem Begriff "Gender Mainstreaming". Wie kann dieser Ansatz im politischen und gesellschaftlichen Alltag praktisch umgesetzt werden? Zur Zeit findet in der Bundeszentrale für politische Bildung selbst ein Implementationsprozess statt.

Die Definitionen

Der Begriff Gender Mainstreaming bezeichnet den Prozess und die Vorgehensweise, die Geschlechterperspektive in die Gesamtpolitik aufzunehmen. Dies bedeutet, die Entwicklung, Organisation und Evaluierung von politischen Entscheidungsprozessen und Maßnahmen so zu betreiben, dass in jedem Politikbereich und auf allen Ebenen die Ausgangsbedingungen und Auswirkungen auf die Geschlechter berücksichtigt werden, um auf das Ziel einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern hinwirken zu können. Dieser Prozess soll Bestandteil des normalen Handlungsmusters aller Ressorts und Organisationen werden,

die an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind.

Gender Mainstreaming setzt voraus, – dass die Geschlechterfrage als politische Frage gesehen wird, – dass politische Interventionen dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit und dem Durchsetzen der Menschenrechte auch für Frauen zu dienen haben,– dass bisherige Strategien als ergänzungsbedürftig angesehen werden. Gender Mainstreaming bedeutet dann konkret die Aktivierung aller Potenziale zur Herstellung der Chancengleichheit. Gender Mainstreaming umfasst sowohl die Förderung von Frauen als diskriminierter Gruppe, als auch die Herstellung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, damit Chancengleichheit möglich wird, und nicht zuletzt die Bewusstseinsbildung über die Geschlechterfrage, insbesondere bei männlichen Akteuren. Eine wichtige Aktivität im Rahmen von Gender Mainstreaming ist das Gender-Controlling, also die Analyse jeder politischen Aktivität unter der Fragestellung, welchen Beitrag sie zur Chancengleichheit leistet: Dazu werden z. B. Aktionsprogramme bereits im Entwurf und Planungsstadium unter der Geschlechterfrage analysiert und verändert, ihre Ergebnisse unter der Geschlechterfrage evaluiert. Ein wirksamer Gender-Mainstreaming-Prozess erfordert Fachwissen und Gender-Kompetenz, und zwar bei allen an Entscheidungen Beteiligten. Eine vollständige Durchsetzung des Gender Mainstreaming Prinzips führt zum Idealfall, in dem

die Geschlechterverhältnisse als selbstverständliche Elemente komplexer Problemlösungen betrachtet und bereits

im Planungsstadium berücksichtigt werden,

vielfältige Methoden zur spezifischen Analyse des Geschlechterverhältnisses in allen Sachfragen vorhanden sind,

alle politischen Akteure gendersensibel sind, und zwar sowohl im persönlichen Verhalten als auch in ihrer Problemsicht,

die Effekte politischer Maßnahmen in ihren Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis evaluiert und Maßnahmen, die nicht zur Gleichstellung der Geschlechter führen, ausgeschlossen werden,

sich die Kontrolle, ob die Gender-Perspektive integrierter Bestandteil aller politischer Aktivitäten ist, erübrigt. Gender Mainstreaming ist ein Durchsickern der Geschlechterfrage in bislang männerzentrierte Denkweisen, Organisationsformen und Verfahrensweisen, als solche eine neue, aussichtsreiche Strategie. Sie darf jedoch nicht als einzige sinnvolle und treffsichere dazu benutzt werden, andere erprobte Strategien nun als überflüssig zu bezeichnen. Ebenso wenig, wie sie ein Ersatz für Quotierung, normative Festlegungen oder autonome Frauenräume sein kann, ist sie eine Reaktion auf die Erfolge, die Frauen in der Geschlechterfrage erzielt haben. Im Gegenteil, sie setzt an der Erfahrung an, dass die Umsetzung der Geschlechterdemokratie ein viel gewaltigeres und tiefgreifenderes Vorhaben sein muss als bislang geglaubt.

Beförderungsjahr 2008 noch nicht ganz abgeschlossen

Nachdem vor Weihnachten 2007 der Erlass zu 100 % ausschöpfbaren Beförderungsmöglichkeiten vorlag, kehrte dann zum Jahresanfang 2008 eine hektische Unruhe bei den Beamtinnen und Beamten ein.

Wer ist dabei? Wie läuft das Verfahren? Wann wird beurteilt und die Beurteilung eröffnet? Haben übergeleitete eine Chance? Viele Fragen, viele Besprechungen, viel Unzufriedenheit für die unterlegenen Bewerber. Die anwaltlichen Überprüfungen zu den Auswahlverfahren blieben nicht aus, eine A 11 wurde beklagt. Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes steht bis heute aus.

Insbesondere die Beförderungen in die A 11 bereiten in Mittelhessen (aber auch in Nord- und Osthessen) erhebliche Probleme.

Schon mehrfach wurde die landesweite Pflicht zur Ausschreibung ab der A 11 im Landespolizeipräsidium durch die Personalratsvorsitzenden der o.g. Präsidien kritisiert.

Der Erlass stammt aus einer Zeit, als Dienststellenleiter noch in der A 11 waren. Die südlichen Präsidien haben natürlich wenig Interesse an einer Änderung. Wenn dort eine A 11 er Stelle ausgeschrieben wird, bewirbt sich niemand, der schon mal eine Versetzung in Richtung heimatnaher Verwendung geschafft hat. Wird dagegen in Mittel- oder in Nordhessen eine Stelle ausgeschrieben, ergeht eine regelrechte Flut an Bewerbungen.

Dazu kommt noch die durch die Verwaltungsgerichte getroffene Feststellung, dass Beamtinnen und Beamte mit II. Fachprüfung aufgrund ihrer erworbenen Fachkenntnisse bei Erfüllung des Anforderungsprofils den Übergeleiteten vorzuziehen sind. Im Hinblick darauf, dass immer mehr Beamtinnen und Beamte mit II. Fachprüfung zur Verfügung stehen, wird es für Übergeleitete immer schwerer, sich

im Auswahlverfahren durchzusetzen.

Am 25. April 2008 konnte dann durch PP Schweizer eine Vielzahl von Beförderungsurkunden überreicht werden. Insgesamt waren das

- 3 Beförderungen zur A 13
- 6 Beförderungen zur A 12
- 21 Beförderungen zur A 11
- 33 Beförderungen zur A 10.

Für den Oktobertermin war dann die Zahl der Beförderungsmöglichkeiten nicht mehr ganz so hoch. Insbesondere im Bereich von der A 9 in die A 10 ergaben sich zunächst nur fünf Möglichkeiten.

Durch die Unterschriftenaktion der GdP zu dem Beförderungsstau zur A 10 aus dem letzten Jahr war man sich offensichtlich auch in diesem Jahr im Landespolizeipräsidium der Problematik bewusst.

Es wurden weitere sieben A 10 er Stellen zugewiesen, die bei anderen Präsidien nicht ausgeschöpft werden konnten.

Nach erfolgter Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber anhand der entsprechenden Auswahlrichtlinien des PP Mittelhessen wurden zwei Eilanträge gegen die Auswahlentscheidung zu den neu zugewiesenen sieben Beförderungsmöglichkeiten an das Verwaltungsgericht Gießen eingereicht, was zunächst die Aushändigung der Urkunden an die Ausgewählten verhinderte.



Wenige Tage später erfolgte dann die Freigabe von fünf der durch die

Konkurrentenverfahren blockierten Möglichkeiten, so dass auch diese noch im Oktober befördert werden konnten.

Befördert wurde dann im Oktober

- 2 mal zur A 13
- 5 mal zur A 12
- 5 mal zur A 11 (eine Möglichkeit ist noch beklagt)
- 10 mal zur A 10 (zwei Möglichkeiten sind noch beklagt)



Bezüglich der jetzt noch laufenden Konkurrentenklagen zu den zwei noch verbleibenden Stellen nach Besoldungsgruppe A 10 bleibt abzuwarten, welche Feststellungen das Verwaltungsgericht zu den bestehenden Auswahlrichtlinien trifft.

Die Behördenleitung hat bereits signalisiert, dass sie beabsichtigt, die bisherigen Auswahlrichtlinien für die Beförderung nach Besoldungsgruppe A 10 zu modifizieren und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Hierbei müssen gegebenenfalls die Feststellungen des Verwaltungsgerichtes mit eingearbeitet werden.

Die überarbeiteten Auswahlrichtlinien sollen dann die Grundlage für die Auswahlentscheidungen zum nächsten Beförderungstermin (hoffentlich im April !!!) werden.

Holger Schmidt

Grundstein gelegt für den sechsten Bauabschnitt beim Polizeipräsidium Mittelhessen in Gießen

Die räumliche Enge am Standort Ferniestraße in Gießen wird sich deutlich verbessern. Direkt an das Gebäude der Polizeidirektion Gießen (Polizei-station Süd und Ermittlungsgruppen) werden in L-Form knapp 2700 Quadratmeter Hauptnutzfläche angebaut. Darin sollen Verwaltung, Technik, Werkstätten, Konferenzzimmer und Schulungsräume untergebracht werden.

Für die Errichtung des Gebäudes mussten die Haupteinfahrt und der Hubschrauberlandeplatz verlegt werden. Die Fertigstellung ist im Januar 2010 geplant. Dann wird die Einfahrt wieder zurück verlegt und die Zufahrt erfolgt durch eine Umfahrung des neuen Gebäudes.

Innenminister Volker Bouffier und Polizeipräsident Manfred Schweizer nahmen am 1. September 2008 die Grundsteinlegung für den Bau des neuen Gebäudes vor. Der Innenminister erläuterte in seiner Ansprache im Saal Florenz, dass für die Gesamtbaumaßnahmen in der Ferniestraße



bislang 46 Millionen Euro investiert wurden. Für den neuesten (und vielleicht letzten?) Bauabschnitt sind 9,5 Millionen Euro veranschlagt. Durch die Errichtung von 90 neuen Büroarbeitsplätzen stehe dann ein optimales Arbeitsumfeld zur Verfügung, welches sich positiv auf die Motivation der Bediensteten auswirke.

Dementsprechend werde natürlich dann auch eine gute Arbeitsleistung erwartet.

Hoffen wir auf eine unfallfreie Ausführung der Baumaßnahme und eine merkliche Verbesserung der derzeitigen räumlichen Enge!

Holger Schmidt

Gerichtstermine in der Freizeit

Zeugenentschädigung für Polizeibeamte letztinstanzlich geklärt

Nach erneuter Beschwerde der Staatskasse hat das OLG Frankfurt am 29.04.08 unter dem Az.: 2 WS 14/08 entschieden, dass einem Polizeibeamten, der in seiner Freizeit als Zeuge vor Gericht aussagen muss, eine Zeugenentschädigung in Höhe von 3 Euro je Stunde zusteht; unbeachtlich, dass er die Zeit als Mehrarbeit vergütet bekommt.

Begründung: Nach § 20 JVEG (Justiz Vergütungs- und Entschädigungsgesetz) beträgt die Entschädigung für Zeitversäumnis 3 € je Stunde, sofern

kein Verdienstausschlag oder Nachteil bei der Haushaltsführung geltend gemacht wird oder dem Zeugen durch die Ladung kein sonstiger Nachteil entstanden ist.

Hier setzte auch die Beschwerdebe-gründung der Staatskasse an, dem betreffenden Polizeibeamten sei kein Nachteil entstanden, weil er die Stunden als Mehrarbeit vergütet bekommt. Dies sehen aber auch alle bisherigen Gerichtsentscheidungen (LG Darmstadt, OLG Karlsruhe und OLG Düsseldorf) anders.

„Allein durch eine zweistündige Unterbrechung der dienstfreien Zeit sei ein immaterieller Schaden entstanden, weil diese Unterbrechung angesichts der besonderen Belastungen des Schichtdienstes den Erholungswert der so zerschnittenen Freizeit massiv herabsetzt.“, so das OLG Frankfurt.

Recht haben sie! Eine gute Entscheidung.

J.Sch.

Eine Welle der Hilfsbereitschaft



Nach dem Unfalltod unseres Kollegen Klaus Schäfer auf dem Heimweg vom Dienst im vergangenen Sommer hatte es innerhalb und außerhalb der hessischen Polizei eine Welle der Hilfsbereitschaft für seine Frau und die beiden schulpflichtigen Kinder gegeben. Nicht nur beim PP Mittelhessen wurde ein stattlicher Spendenbetrag eingesammelt, sondern auch im PP Westhessen, wo Klaus vor seiner Versetzung nach Mittelhessen Dienst versah, initiierte der Personalrat eine Sammlung. Aber auch die persönliche Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen, durch Freunde, Bekannte und Vereine war riesig. Zudem hat sich auch die Hessische

Polizeistiftung mit in die Unterstützung eingebracht.

Am 30. Oktober 2008 fand schließlich noch ein Benefiz-Fußballspiel zugunsten der Familie Schäfer statt. Die Moderatoren von Hit-Radio FFH und ein Team des PP Mittelhessen traten im Stadion des Fußballclubs 1926 in Großen-Buseck gegeneinander an.

Eine Tombola mit tollen Preisen rundete das Geschehen ab. So konnten über 500 Zuschauer die drückende Überlegenheit der Polizeimannschaft verfolgen. Und dies, obwohl FFH den ehemaligen Nationalspieler und Bundesligaprofi Manfred Binz verpflichtet hatte.

Am Ende stand es dann 16 : 6 für die Polizei!

Aber auch auf höchster politischer, innenpolitischer und finanzpolitischer Ebene wurden eigentlich nicht zu bewältigende Hindernisse überwunden. Eine Ausnahmeregelung zum Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst ergab, dass wir Frau Schäfer demnächst im PP Mittelhessen als Mitarbeiterin begrüßen dürfen!

Wir danken auf diesem Wege allen, die sich an den Aktionen beteiligt haben.

Holger Schmidt



Personalratscup des Polizeipräsidiums Mittelhessen 2008

Am **10. September 2008** fand in der Bereitschaftspolizeiabteilung Lich die 6. Auflage des Personalratscup statt. **16 Mannschaften** ermittelten bei guten äußeren Bedingungen Platz und Sieg.

Erneut hatte der Wettergott ein Einsehen und der **Personalratsvorsitzende Holger Schmidt** konnte bei strahlendem Sonnenschein 16 Teams aus dem gesamten Bereich des PP Mittelhessen begrüßen.



Bild links: Turnierbeginn mit Begrüßung durch den Personalratsvorsitzenden Holger Schmidt

Um auch den schwächeren Mannschaften gerecht zu werden, wurde nach dem „Schweizer System“ gespielt: Jede Mannschaft hatte 6 Spiele zu bestreiten. Nach jeder Runde wurde eine Tabelle gebildet, und die nächsten Begegnungen führten jeweils die Tabellenachbarn gegeneinander. So musste sich der spätere Turniersieger seinen Sieg gegen die stärksten Teams erkämpfen und jede teilnehmende Mannschaft konnte den Platz auch in mindestens einem

Spiel als Sieger verlassen.

Besonders eng ging es dabei im Kampf um das wie immer ausgelobte Glas „Saure Gurken“ für den Tabellenletzten zu. Die Mannschaft der Abteilung E sah sich bereits als sichere „Gurkentruppe“, hatte aber letztendlich das bessere Torverhältnis und musste die „Bio-Trophäe“ der PST Dillenburg überlassen.

Bild rechts: EPHK Hundertmark nimmt von PVP Langecker die "Bio-Trophäe" der PST Dillenburg entgegen



Am anderen Tabellenende kam kein Team ungeschoren davon, jede Mannschaft steckte mindestens eine Niederlage ein.

Die RKI / PST Marburg leistete sich aber keine weiteren Ausrutscher und gewann mit 15 Punkten einmal mehr das diesjährige Turnier.

Bild links: Die Sieger-Mannschaft der RKI / PST Marburg



Text und Fotos: Harald Zwick

Neuer Internetauftritt der Bezirksgruppe Mittelhessen

Seit Oktober dieses Jahres haben wir die eigenständigen Internetseiten unserer Bezirksgruppe Mittelhessen beendet und uns der Homepage der GdP Hessen angegliedert. Dadurch sind wir nun auch von den Standardarbeitsplätzen der hessischen Polizei erreichbar. Nach dem Eintippen von <http://www.gdp.de/hessen> öffnet sich die Hessenseite, wo man nach Anklicken des Buttons „Bezirksgruppen“ die Bezirksgruppe Mittelhessen auswählen kann.

Diese Anbindung an die Hessenseite der GdP ermöglicht es den Kolleginnen und Kollegen, auch vom ihrem Arbeitsplatz aus auf die Homepage unserer Bezirksgruppe zu gelangen. Die Seite befindet sich momentan noch im Aufbau, sie ist aber schon abrufbar. So können sich die Kolleginnen und Kollegen aktuell über die Aktivitäten der Bezirksgruppe informieren. Es ist geplant, den gesamten **POLIZEIREPORT Mittelhessen** dort online einzustellen. Unsere Seite wird nach und nach mit den Rubriken Aktuelles - Termine – Jubiläen – ergänzt und fortgeschrieben.



Startseite der Bezirksgruppe Mittelhessen

! An alle Senioren in der GdP Mittelhessen !

Der Bezirksgruppenvorstand möchte die Information unserer im Ruhestand befindlichen Kolleginnen und Kollegen verbessern und dabei moderne Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, um auch kurzfristig wichtige Termine und Bekanntmachungen zu übermitteln.

Wir bitten deshalb alle Senioren, die über einen Internetanschluss verfügen, uns ihre Email-Adresse mitzuteilen, damit wir sie in einen Verteiler aufnehmen und unmittelbar informieren können.

Wer von den Senioren in diesen Email-Verteiler aufgenommen werden möchte, sende bitte eine Mail mit dem Betreff „Seniorenverteiler“ an:
gdp.mittelhessen@t-online.de

Ab diesem Zeitpunkt werden wir Euch dann zeitnah über alles Wichtige informieren. Auf diesem Wege können wir auch die Flugblätter des Landesbezirkes zu aktuellen Themen an euch weiterleiten.

Michael Wurm vollendete das 90. Lebensjahr

Am 11. Oktober konnte unser Mitglied Michael Wurm, POK a. D., der früher auf der Polizeistation Cölbe Dienst versah, seinen 90. Geburtstag feiern.

Der Vorsitzende der Kreisgruppe, Lothar Luzius, gratulierte dem rüstigen Pensionär zu diesem runden Geburtstag und überreichte ein Präsent. Natürlich ließ der Jubilar noch einmal alte Zeiten Revue passieren. Ein Ereignis, das er nie vergessen wird, erlebte er im zweiten Weltkrieg. Er war als Fernmelder eingesetzt und hat einen Bauchschuss über-



lebt. Schönere Erlebnisse hatte er während seiner Dienstzeit in Cölbe. Auch hier hat er sich dem Fernmeldewesen gewidmet.

Auch war er ein Mitbegründer der GdP im Marburger Bereich. 62 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft stehen zu Buche. Ein ganz herzliches Dankeschön für diese Treue.

An der Seite seiner Ehefrau erfreut er sich trotz des hohen Alters guter Gesundheit und nimmt noch aktiv am täglichen Leben teil. Die GdP wünscht ihm, dass dies noch lange so bleibt.

L.L.

Ruhestand jetzt amtlich - Harald Dobrindt wurde verabschiedet

Nachdem unser langjähriger Bezirksgruppenvorsitzender und gewerkschaftlicher Weggefährte, Harald Dobrindt, bereits im Sommer seinen Dienst beendet hatte, um den aufgelaufenen Resturlaub zu nehmen und seinen 60. Geburtstag am 27. Oktober auf Teneriffa begangen hatte, wurde er am 3. November 2008 „offiziell“ aus dem aktiven Dienst verabschiedet.

In einer kleinen Runde mit dem Polizeipräsidenten Manfred Schweizer, dem Polizeivizepräsidenten Hans Langecker, sowie dem GdP-Bezirksgruppenvorsitzenden Andreas Grün und dem stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Luzius, wurde noch einmal bei einer Tasse Kaffee der berufliche und gewerkschaftliche Werdegang von Harald Dobrindt beleuchtet. Viele Erinnerungen wur-

den dabei wach.

Polizeipräsident Manfred Schweizer lobte Harald Dobrindt als engagierten und streitbaren Kollegen und dankte ihm für seine geleistete Arbeit und den fairen Umgang miteinander. Mit Aushändigung der Urkunde war Harald Dobrindt nun offiziell, wie er selbst sagte, „Versorgungsempfänger“.

Ob er sich auch weiterhin gewerkschaftlich einbringen wird, ließ er offen. Zunächst will er den wohlverdienten Ruhestand in seinem Heimatort Dillenburg-Manderbach genießen. Besonders freut er sich auf seine Arbeit in Haus und Garten sowie auf ausgiebige Spaziergänge mit seinem vierbeinigen Begleiter.

Dazu wünschen wir ihm alles Gute, beste Gesundheit und sagen auf diesem Weg noch einmal Dankeschön für die vielen Jahre, die er sich für unsere GdP und die Bediensteten, über die Grenzen von Mittelhessen hinaus, eingesetzt hat.

L.L.



US-Immobilienkrise, Bankenpleiten und Aktiensturz

Wissenswertes rund um die Börse

Angesichts der Immobilienkrise in den USA ist auch das internationale Börsengeschehen mit den aktuellen Reaktionen der Finanzmärkte wieder in den Fokus gerückt. Doch wie hängen die Aktienkurse in Deutschland überhaupt mit geplatzten Hypothekendarlehen in den USA zusammen und was für Geschäfte werden eigentlich an Börsen vorgenommen? Hier ein Überblick über die wesentlichen Börsengeschäfte und –zusammenhänge.

Die unterschiedlichen Börsen

Die Börse ist ein Handelsplatz für bestimmte Börsenwaren, zu dem nur professionelle Teilnehmer zugelassen sind. Es gibt nicht "die Börse" schlechthin, vielmehr unterscheidet man verschiedene Börsen je nach Art der gehandelten Börsenware oder nach Art der Geschäftsabwicklung. Dementsprechend spricht man von Warenbörsen (z.B. für Rohstoffe, Energie, Produkte), von Wertpapierbörsen (für Wertpapiere und ihre Derivate), Terminbörsen (Abwicklung von Termingeschäften, sog. Futures und Options z.B. an der EUREX), Versicherungsbörsen (Handel von Prämien/Beteiligungen zwischen Versicherern, Maklern u.a.) und Frachtbörsen (Handel mit Frachtraumkapazitäten).

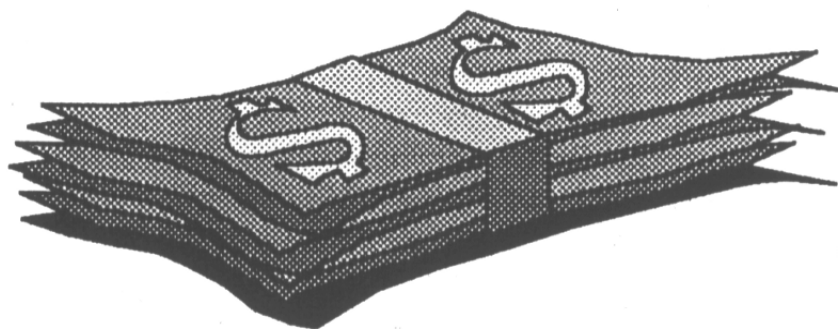
Man unterscheidet weiter zwischen der Präsenzbörse, dem sogenannten "Parkett", wo Börsenmakler in Person miteinander die Geschäfte schließen und den Computerbörsen, wo Makler

ortsunabhängig die Geschäfte abwickeln können.

Im allgemeinen Sprachgebrauch versteht man unter "Börse" jedoch stets die Wertpapierbörsen, z.B. die Frankfurter Börse, die New York Stock Exchange (NYSE), die London Stock Exchange (LSE) oder die Tokyo Stock Exchange (TSE). Neben der Frankfurter Börse als Leitbörse gibt es weitere 7 Wertpapierbörsen in Deutschland sowie die European Energy Exchange in Leipzig für den Energiehandel und die Warenterminbörse in Hannover.

Rechtsgrundlagen: BörsG und WpHG

Die rechtlichen Grundlagen für die Errichtung von Börsen legt das Börsengesetz (BörsG). Es bestimmt, dass eine Börse regelmäßig der Genehmigung durch den Wirtschaftsminister bedarf und unter der jeweiligen Bör-



senaufsicht unterliegt. Das ist auf Bundesebene die BAFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht), die über das Verbot von Insider-Geschäften, Kurs- und Marktmanipulationen und die Einhaltung von Melde- und Berichtspflichten der Börsenteilnehmer wacht. Das BörsG enthält weiter zahlreiche Vorschriften für die Zulassung und die Pflichten von Börsenhändlern und Börsenmaklern. Auf seiner Grundlage hat auch

jede Börse eine eigene Börsenordnung (Satzung).

Im Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) finden sich dann die speziell für den Wertpapierhandel geltenden Vorschriften, so etwa die Definitionen unterschiedlicher Wertpapiere, Derivate oder Finanztermingeschäfte. Es dient neben dem Börsengesetz v.a. dem Anlegerschutz und soll so auch den Finanzplatz Deutschland international attraktiv machen.

Die Teilnehmer des Börsengeschehens

Eine Börse ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, sie wird jedoch in der Regel von einem Privatunternehmen getragen. So ist die Deutsche Börse AG etwa die Trägerin der Frankfurter Wertpapierbörse. Deren Geschäftsführung ist verantwortlich für den ordnungsgemäßen Ablauf des börslichen Geschäftsverkehrs. Die Geschäfte an der Börse werden von Börsenhändlern und Börsenmaklern geschlossen. Börsenmakler sind Handelsmakler, die den Kauf und Verkauf von Wertpapieren vermitteln und auch den Ausgleich zwischen Kauf- und Verkaufsaufträgen (Order) durchführen. Börsenhändler dagegen sind Personen, die für ein Unternehmen an der Börse tätig werden, das selbst als Börsenmakler zugelassen ist. Sowohl für Börsenmakler als auch Händler gilt, dass sie die geeignete berufliche Qualifikation und Zuverlässigkeit nachweisen müssen, um nach § 16 BörsG zugelassen zu werden.

Die unterschiedlichen Wertpapiere

An Wertpapierbörsen (auch Effektenbörsen genannt) wird entweder mit Wertpapieren (sogenannten Effekten), Derivaten, Devisen, Edelmetallen oder Edelmetallderivaten gehandelt. Zu den Wertpapieren gehören Aktien, Schuldverschreibungen, Genussscheine, Optionsscheine und Pfandbriefe.

Aktie:

In einer Aktie wird der Anteil eines Aktionärs am Grundkapital einer Aktiengesellschaft verbrieft. Aktien gibt es als Nennbetragsaktie (z.B. auf den Nennbetrag von 100 €) oder als Stückaktie (z.B. Aufteilung des Grundkapitals in 1.000 Stückaktien, die alle den gleichen Anteil am Wert der AG haben). Nur die Aktien von "börsennotierten" Aktiengesellschaften werden an der Börse gehandelt. Die größten und finanzstärksten 30 Aktiengesellschaften in Deutschland werden in den DAX, den Deutschen Aktienindex aufgenommen. Der DAX-Wert spiegelt dadurch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung der großen deutschen Unternehmen wider.

Schuldverschreibung:

Sie ist ein Wertpapier, in dem sich der Schuldner zur Zahlung einer Geldsumme mit einem festen Zinssatz (Obligation) oder zu einer sonstigen Leistung verpflichtet. Es gibt unterschiedliche Arten (Inhaberschuldverschreibung, Teilschuldverschreibung u.v.m.), die jedoch alle meist als langfristiger Kredit eingesetzt werden. Schuldverschreibungen werden auch als "Anleihen" oder "Obligationen" bezeichnet.

Genussschein:

Er ist eine Zwischenform aus Aktie und Anleihe. Der Inhaber eines Genussscheins hat gegen die ausgebende Gesellschaft den Anspruch auf Rückzahlung des Nominalwertes (verbrieft auf dem Genussschein selbst) und zusätzlich ein Recht auf Beteiligung am Gewinn oder Liquidationserlös des Unternehmens. Im Fall der Liquidation werden Genussscheininhaber je-

doch erst nach allen anderen Gläubigern berücksichtigt.

Optionsschein:

Er räumt seinem Inhaber das Recht ein, z.B. Aktien, Devisen, Edelmetalle o.a. innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu einem bestimmten Kursverhältnis/Bezugsverhältnis zu erwerben. Beispiel: Der Optionsschein berechtigt zum Erwerb von Aktien zum Preis von 100 € Die AG muss dem Optionsinhaber Aktien zu diesem Preis anbieten, auch wenn der Kurswert darüber liegt, z.B. bei 150 € Anstatt die Aktien zu erwerben kann der Inhaber auch den Optionsschein selbst veräußern, z.B. für 120 € Er macht einen Gewinn von 20 € und der Erwerber kann die Option ausüben und Aktien zum Wert von 100 € statt zum Kurswert von 150 € verlangen, er hat somit 30 € gespart.

Pfandbrief:

Er wird entweder als Hypothekendarpfandbrief, Öffentlicher Pfandbrief oder als Schiffspfandbrief von Pfandbriefbanken ausgegeben und ist regelmäßig an der Börse notiert. Pfandbriefe gelten als besonders sichere Form der Schuldverschreibung, weil sie zusätzlich durch Hypotheken, andere Grundpfandrechte, Forderungen gegen die öffentliche Hand oder Schiffshypotheken abgesichert sind. Entsprechend der hohen Sicherheit ist jedoch die Verzinsung oft geringer als bei anderen Wertpapieren.

Was sind Derivate, Finanztermingeschäfte, Börsentermingeschäfte?

Als Derivate (latein. "Abgeleitetes") bezeichnet man gegenseitige Geschäfte, deren Preis sich nach dem Marktwert einer zugrundeliegenden Ware im weitesten Sinne ableiten lässt. So können Derivate sich auf Wertpapiere (Aktien, Anleihen etc.), Rohstoffe, Devisen beziehen oder sich nach Zinssätzen oder Indices (DAX, Dow-Jones etc.) richten.

Der frühere Begriff des Börsentermingeschäfts wurde durch den des Finanztermingeschäfts ersetzt. Beim Finanztermingeschäft handelt es sich

um Anschaffungsgeschäfte über Derivate und Optionsscheine. Dabei wird zum aktuellen Zeitpunkt bereits der Preis festgelegt, das Geschäft soll aber erst später erfüllt werden. Kennzeichnend dabei ist, dass das Risiko eines Totalverlusts oder die Pflicht zum Nachschuss entstehen kann. Im Gegenzug bietet das Finanztermingeschäft jedoch bei bereits geringem Kapitaleinsatz durch die Hebelwirkung im besten Fall auch eine überproportionale Gewinnchance.

Die Immobilienkrise und ihre Börsenwirkung

Die Ursachen für die Immobilienkrise in den USA sind wohl auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Zum einen wurde bereits noch zu Zeiten von Präsident Reagan das Bankwesen dereguliert, denen Änderungen der Zentralbankpolitik folgten. In den Jahren 2001-2003 wurden die Leitzinsen zur Ankurbelung der Wirtschaft gesenkt und Kredite billig. So konnten sich auf einmal viel mehr Menschen zu diesen günstigen Konditionen Immobilienkredite leisten. Die Banken wiederum gingen hohe Risiken bei der Kreditvergabe ein, vielfach ohne oder nur mit geringer Sicherheitsleistung. Als in der Folge die Zinsen wieder stiegen, konnten viele Kreditnehmer ihre Kredite nicht mehr bedienen und mussten die Immobilien veräußern. Die zugehörigen Kredite waren aber bereits von den ursprünglichen Banken an andere Investoren weiterverkauft. Diese Investoren, v.a. Banken und sogenannte Hedge-Fonds, mussten nun die Verluste abschreiben und gerieten so selbst in eine finanzielle Schieflage.

Infolge der weltweiten Verknüpfung der Finanzunternehmen und -märkte wirkt sich deren Schwäche ebenso weltweit und damit auch auf dem deutschen Börsenmarkt aus.

Kreisgruppe Butzbach

Grillen, Schwätzen und Schwitzen



Gut ausgewählt war der Termin der Polizei-Pensionärs-Gemeinschaft Butzbach zum gemütlichen Beisammensein und Grillen am Griedeler Anglerheim. Das abseits von der alltäglichen Hektik und des Verkehrs liegende Areal ist hervorragend geeignet für Veranstaltungen dieser Art.

Der Vorstand hatte eingeladen, um unter Ausnutzung der Jahreszeit und bei sonnigem Wetter wieder einmal unter freiem Himmel gemeinsam Kaffee zu trinken, ein Schwätzchen zu halten und zu grillen. Zwischendurch nutzten Einige die Gelegenheit, ungestört die freie Natur

rund um den See zu genießen, was allerdings aufgrund der hohen Temperaturen und einiger herumschwirrender Plagegeister nicht gerade immer entspannend wirkte.

Das Grillgut war gut ausgewählt und der Meister am Grill kam bei seiner Arbeit mächtig ins Schwitzen, wurde dafür aber auch mit viel Lob bedacht. Um auch innerlich etwas abzukühlen, wurde parallel dazu ein reichhaltiges Programm an Flüssigkeiten angeboten.

Es war ein gelungenes Grillfest, das wiederum guten Anklang gefunden hatte.

DER

Butzbacher Polizeipensionäre feierten Oktoberfest



In München schlägt der OB das erste Fass an, unser Stammwirt „ISSI“ jedoch beginnt die Saison mit dem Apfelweinkeltern, verbunden mit einer Verkostung im rustikalen hopfengeschmückten Innenhof der Gaststätte „Zum Adler“ in Gambach. Hier wird vorgeführt, wie das „Stöffche“ entsteht und vor allen Dingen, was daraus alles werden kann! Auch heute konnte sich der Vorstand unserer Pensionärgemeinschaft wieder über ein volles Haus freuen, denn immerhin waren 40 „Dauerfreizeitler“ der Einladung zu einem zünftigen Oktoberfest gefolgt. Damit stand gleichzeitig fest, dass sich die Vorbereitungen gelohnt hatten.

Hansgünter Kämpffe musste bei der Begrüßung allerdings auch eine traurige Aufgabe erfüllen und mitteilen, dass unser ehemaliger Kollege Wolfhard Philipp kurz nach dem Tod seiner Ehefrau ebenfalls verstorben ist.

Danach wandelte sich die spätherbstliche Witterung, der Kaffee wärmte zudem von innen und man ließ sich den Kuchen schmecken. Langeweile war nicht angesagt, denn dazwischen lockerte Amüsantes, gekonnt vorgetragen von Norbert und Birgit Weisel sowie Erika Schulte und Hansgünter Kämpffe, immer wieder die Runde auf. Erfreut zeigten sich die Anwesenden und stimmten

dafür, daß Frau Wilfriede Schmidt (Ehefrau von Rolf Schmidt) und Hans Wählich, nunmehr auch Mitglieder der PPG wurden.

Der Spätnachmittag stand ganz im Zeichen der Apfelkelterei und deren Verkostung. Wie nicht anders zu erwarten, fand auch der Besuch des mit Hochprozentigem aus der Region gefüllten „Kuhstall’s“ regen Zuspruch. Im Innenhof briet dazu der Vereinswirt in einer Riesenpfanne Apfelscheiben mit Zimt und leckeren Kartoffelpuffern. Das Ganze wurde abgerundet mit einem herzhaften Bufett und einem kräftigen „Tatü-Tata“, das immer dann erklingt, „wenn’s oam immer recht gout git“! DER



Hinweis:

Unsere Weihnachtsfeier findet am 9. Dezember 2008 um 15.00 Uhr an gleicher Stelle statt.

Veranstaltungen der Polizei-Pensionärs-Gemeinschaft Butzbach im Jahr 2009



Dienstag, 10. Februar, 15,00 Uhr „Zum Adler“ in Gambach

Kräppelsitzung, Kaffee - Kräppel - und gute Laune sind angesagt. Programmbeiträge sind sehr willkommen

Dienstag, 14. April, 15.00 Uhr, „Zum Adler“ in Gambach

Kaffeemittag mit einer Erkundung bei Alfred Metzger über das Leben und Wirken der Bienen und Bienchen. Hochinteressant! Natürlich Kaffee, Kuchen und nette Unterhaltung im „Kuhstall“.

Dienstag, 09. Juni, Fahrt nach Frankfurt zum Polizeipräsidium.

Wir fahren mit der Bahn (5er Karten) nach Frankfurt. Dort werden wir von einem Frankfurter Kollegen empfangen und neben dem PP Frankfurt (Kriminalmuseum u. Mittagessen), durch Frankfurt geführt. Der genaue Ablauf wird noch bekannt gegeben.

Dienstag, 11. August, Grillfest im Marineheim Wetzlar

Zuvor Stadtführung und Besichtigung des Museums und anderer Sehenswürdigkeiten.

Dienstag, 13. Oktober 15.00 Uhr, Gasthaus „Zum Adler“, Gambach

Oktoberfest beim Issi mit Besuch im „Kuhstall“. Natürlich mit Kaffee und Streusel-Petz- und Apfelkuchen, dann die Steigerung von A-wie Apfel- bis Z-wie Zwetschenschnaps.

Wir hoffen wieder auf eine Riesengaudi - eben wie immer.

Dienstag, 08. Dezember, 15,00 Uhr, Gasthaus „Zum Adler“, Gambach

Weihnachtsfeier mit Kaffee, Kuchen und Plätzchen (von den besten Frauen der Welt gebacken!) sowie vielen schönen Vorträgen.

(Änderungen vorbehalten)

Neumitglieder sind herzlich willkommen!

Meldung bitte an:

Hansgünter Kämpffe, Landgraph-Philip-Strasse 12, 35510 Butzbach, Tel. 06033/3113 oder

Norbert Weisel, Im Stiefeld 24, 35516 Münzenberg, Tel. 06033/970595

Kaffee soll vor ‚Alzheimer‘ schützen



Dass Kaffee ein durch und durch ungesundes Genussmittel sei, hat die Wissenschaft schon wiederholt in Frage gestellt.

Forscher der Universität North Dakota in den USA wollen jetzt in einer Studie mit Kaninchen herausgefunden haben, dass der tägliche Verzehr einer Tasse Kaffee vor der Alzheimer-Krankheit schützen kann. Die wissenschaftliche Erklärung da-

zu: Das im Muntermacher enthaltene Koffein blockiert die verheerenden Auswirkungen eines hohen Colesterinspiegels auf die Blut-Hirn-Schranke.

Es gilt aber auch weiterhin, dass zur Prävention vor einer Alzheimer-Erkrankung die gesunde Ernährung, viel Bewegung und geistig anspruchsvolle Tätigkeiten ebenfalls geeignet sind.



Der Vorstand der GdP-Bezirksgruppe Mittelhessen,
die Redaktion und der Verlag des
POLIZEIREPORT MITTELHESSEN
wünschen unseren Kolleginnen und Kollegen
sowie allen Leserinnen und Lesern
ein frohes Weihnachtsfest und ein
glückliches und erfolgreiches Jahr 2009

Rechtsprechung zum Weihnachtsmann



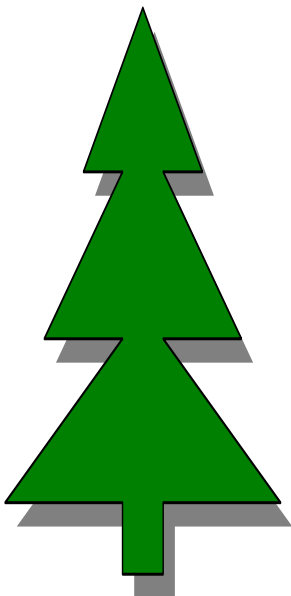
Egal, ob man nun an das Christkind glaubt oder an den Weihnachtsmann. Eines steht fest: Während das Christkind von der Rechtsprechung unbehelligt geblieben ist, bietet sich Besinnliches, Unsinnliches und Kurioses rund um das Thema Weihnachtsmann. Was ist ein Weihnachtsmann? Diese Frage hatte der Bundesfinanzhof für ein "Plüschnilpferd mit Strumpf" zu entscheiden. Der Kopf eines Nilpferdes trug eine Weihnachtsmannmütze und steckte an einem Nikolausstrumpf. Ein Nilpferdkopf mit einer Weihnachtsmütze ist ein Weih-

nachtsmann, urteilte der BFH und führte aus: Weihnachtsmänner sind "Gegenstände, die nach herkömmlichem Brauch beim Weihnachtsfest verwendet werden" (Az.: VII K //92).

Nicht mehr gebraucht wurde ein Weihnachtsmann bei Harrods, dem berühmten Londoner Kaufhaus. Weil er sich nicht zu benehmen wusste, wurde der Weihnachtsmann kurzerhand aus der "Santa's Grotto" auf die Straße gesetzt. Tipp für gefeuerte Weihnachtsmänner: Sich umgehend bei der Arbeitsagentur nach einem neuen Job erkundigen. Der Behörde wird aber "Weihnachtsmann" allein nicht reichen. Beschränkt man sich auf den Weihnachtsmannberuf, kann das Vermittlungsgesuch abgelehnt werden. Auch Weihnachtsmänner müssen flexibel sein, so das Schleswig-Holsteinische LSG (Az.: L 3 AL 8/00).

Ihre Post an den Weihnachtsmann wird die Agentur

wohl nach "Himmelspfort" schicken. Dort befindet sich nämlich die Poststelle des Weihnachtsmannes. Zwar wurde 2005 die Gemeinde Himmelspfort in die Stadt Fürstenberg/Havel eingemeindet. Doch das Verfassungsgericht Brandenburg stellte fest: Der Gesetzgeber hat bei der Eingemeindung "hinreichend die Bedeutung des Gemeinamen Himmelspfort als postalische Adresse des Weihnachtsmannes in Deutschland berücksichtigt". (Az.: 251/03).



sicher	▼	Kapitalbringer, Investor	▼	gefeierte Künstlerin	Flaschenmaterial	▼	▼	kleinste Büffelart	Symbole für den Lebensbund
lange, schmale Halbinsel	▶			▼					▼
Frauenkurzname	▶				bislang	▶			
griechischer Buchstabe		Rufname der Perón †	▶					Hochschulreife	
▶					Maß der Stromstärke		Flächenmaß	▶	▼
kornblumenblau		christliches Sakramente	▼	Beweis der Abwesenheit	▶				
▶									
Geistererscheinung	wertloser Kram		Videorekordertechnik (Abk.)	▶			Fastnachtruf	▼	
▶	▼			Vorname des engl. Filmstars Guinness		Pferdezuruf: Los!	▶		
Grundwasseraustrittsstelle			Mittelloser	▶					Grenzschutzeinheit (Abk.)
▶						Körperader		Abk.: Nachschrift	▼
▶			Bedenken, Zweifel	▼	sorgenvoll	▶			
Fluss durch Kufstein (Tirol)		Resultat, Ergebnis	▶						
Gegner Luthers † 1543	▶			Titelfigur bei Milne (Bär)	▶				
▶						altes Maß des Luftdrucks	▼		
religiöse Gemeinschaft	Spielkartfarbe	Autor von 'Der Name der Rose'	▶	von hier an	▶				
eh. spanische Währung	▶	▶							
französisch: hier	▶			Ausruf des Schauderns	▶				
Essen probieren	▶								



3		1	5	4				
5		2				3	4	
			3	9		1	5	
	7		4	3				1
	1						9	5
	8			6	9			2
8		4	9		7			
					3	2	1	4
1		6						8

Warum überquerte das Huhn die Straße?

KINDERGÄRTNERIN: Um auf die andere Straßenseite zu kommen.

ARISTOTELES: Es ist die Natur von Hühnern, Straßen zu überqueren.

KARL MARX: Es war historisch unvermeidlich.

RONALD REAGAN: Hab ich vergessen.

ERNEST HEMINGWAY: Um zu sterben. Im Regen.

MARTIN LUTHER KING, JR.: Ich sehe eine Welt, in der alle Hühner frei sein werden, Straßen zu überqueren, ohne dass ihre Motive in Frage gestellt werden.

FOX MULDER: Sie haben das Huhn mit Ihren eigenen Augen die Straße überqueren sehen. Wie viele Hühner müssen noch die Straße überqueren, bevor Sie es glauben?

ALBERT EINSTEIN: Ob das Huhn die Straße überquert hat oder die Straße sich unter dem Huhn bewegte, hängt von Ihrem Referenzrahmen ab.

RALPH WALDO EMERSON: Das Huhn überquerte die Straße nicht ...es transzendierte sie.

SIGMUND FREUD: Die Tatsache, dass Sie sich überhaupt mit der Frage beschäftigen, dass das Huhn die Straße überquerte, offenbart Ihre unterschwellige sexuelle Unsicherheit.

RICHARD M. NIXON: Das Huhn hat die Straße nicht überquert. Ich wiederhole, das Huhn hat die Straße NICHT überquert.

CAPTAIN JAMES T. KIRK: Um dahin zu gehen, wo noch kein Huhn vorher war.